

# Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Druckverlag: Neudruck Dresden, Fernsprecher-Gammatnummer 25 241, Nur für Nachgelieferter: 20 011.

Bezugs-Gebühr bei ständiger Entsendung in Dresden oder durch die Post monatlich M. 500,-, Einzelnummer M. 25,-, Sonntagsausgabe M. 30,-, Die halbjährige Nummer kostet M. 150,-, außerhalb Sachsens M. 60,-, Familienanzug und Stempelgebühren unter Wegfall jeden weiteren Abzuges M. 25,-, Bezugsgebühren sind fern. Vorauszulegende Ausdrücke gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Verlagsredaktion: Marienstraße 38/40, Druck u. Verlag von "epich & Reichardt in Dresden, Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Kostenlos nur mit deutlicher Quellenangabe ("Dresdner Nachr.") zulässig. - Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

**Dauerbrandöfen**  
Reiche Auswahl  
Transportable Herde - Promethous-Gaskocher  
**Florian Czoekerts Nachfolger**  
Töpferstraße 9, 13, 15  
Fernsprecher 25401

Trinkt  
**Radeberger Pilsner**

**Gute Weihnachtsbücher**  
kauft man jetzt noch günstig bei  
Buchhandlung **Joh. Schreitmüller** Antiquariat  
Bautzener Straße 41

**Linna** rot der Duft der Dame, blau der Duft des Herrn

**Parfümerie Paul Schwarzlose**  
Dresden-A. Schloßstr. 13

## Die Reichsregierung und die Sanktionspläne.

## Der Gipfel der Demütigung und der Erpressung.

### Der Bruch des Versailler Vertrages.

**Berlin, 2. Dez.** Die Reichsregierung hat sich bereits mit den neuen Plänen Poincarés, die auf eine Annexion der Rheinlande und eine Verletzung des Ruhrgebietes hinauslaufen, beschäftigt. Es konnten naturgemäß keine Beschlüsse gefasst werden, es handelte sich um eine unverbändliche Aussprache. Sollte Frankreich gewillt sein, gegen den Rat Englands und Amerikas, am Rhein Abenteuerpolitik zu treiben und durch einen Ueberfall den Vertrag von Versailles zu brechen, so kann Deutschland militärische Machtmittel nicht entgegenstellen. Der Ueberfall im Frieden würde aber einen casus belli schaffen und die diplomatischen Beziehungen unterbrechen. Der Vertrag von Versailles würde damit für Deutschland nicht mehr bestehen. Deutschland hat verlor, treulich seine Verpflichtungen zu erfüllen, es steht am Ende seiner Kraft. Will Frankreich noch weiter, was zu retten ist, so muß es eine Verhandlung mit uns suchen. Ein neuer Raub deutschen Landes wird Frankreich nicht vor der Katastrophe retten, dafür aber den Reim zu neuen Kriegen legen. Noch hofft die Reichsregierung, daß England und Amerika jede Abenteuerpolitik Frankreichs verhindern werden.

### Rolle der Forderungen wegen des Passauer Zwischenfalles.

**Berlin, 2. Dez.** Wegen der bedauerlichen Vorkommnisse in Passau gegen die Mitglieder der Interalliierten Kontrollkommission hat General Kolliet folgende Forderungen gestellt:

1. Entschuldigung.
2. Abberufung des Polizeichefs in Passau.
3. Abberufung des Offiziers, der das fragliche Bataillon kommandierte.

Die Abberufung des Offiziers ist erfolgt, ebenso eine schriftliche Entschuldigung. Die Abberufung des Polizeichefs ist von der bairischen Regierung abgelehnt worden. Das Entschuldigungsschreiben hat Kolliet nicht beschiedigt. Wegen der Vorfälle in Ingolstadt sind keine bestimmten Forderungen gestellt worden. Die Drohnote Kolliets ist gestern eingegangen. Die Reichsregierung hat sich in kurzer Sitzung mit ihr beschäftigt und muß sich zunächst mit der bairischen Regierung verständigen. Die Vorfälle sind, wenn auch verhängnisvoll, doch natürlich nicht zu rechtfertigen. Die Forderungen Kolliets aber tragen eine abschließende Schärfe des Tones. Wie darauf zu reagieren sein wird, ist Sache der jetzt stattfindenden gründlichen Prüfung.

### Die Drohnote Poincarés.

**Berlin, 2. Dez.** In der Drohnote Poincarés wegen Passau und Ingolstadt heißt es wörtlich: Was den ersten Punkt betrifft, so hat die deutsche Regierung durch Schreiben vom 16. November der Interalliierten Kontrollkommission ihre Entschuldigung auszusprechen, sich damit begnügt, derselben ihr Bedauern auszusprechen, was nicht als hinreichend erscheinen kann, da die deutschen Beamten an diesen Vorfällen eine unmittelbare Verantwortung tragen. In dieser Hinsicht müssen die alliierten Regierungen scheitern, daß sie keine Genugtuung erhalten haben. Weiter sollen bis zu der knappen Frist bis 10. Dezember die Wiederherstellungs- und Sühnehandlungen durchgeführt werden, die noch gar nicht bestimmt sind. Bereits jetzt aber wird verlangt, daß der bairische Ministerpräsident schriftlich seine Entschuldigung wegen der Vorfälle auspricht und daß die beiden Städte eine Buße von je einer halben Million Goldmark bezahlen.

### Der Vorfall in Passau.

**Drahtmeldung unter Berliner Schriftleitung.**  
**Berlin, 2. Dez.** Ueber die Vorgänge in Passau und Ingolstadt ist festgestellt, daß am 24. Oktober in Passau Offiziere der interalliierten Kontrollkommission eintraten, um die dortige Reichswehrkaserne zu besichtigen. Sie wurden von einer Menschenmenge begrüßt und nahmen serner Anstoß an einer beleidigenden Inschrift innerhalb der Kaserne. Als sie die Kaserne verließen, wurden sie mit Steinen und Holzstücken beworfen, wobei ein Offizier leicht verletzt wurde. Dieselben Offiziere besichtigten später in Ingolstadt die dortige Munitionskaserne. Als sie auf dem Vorhof anlangt waren, wurde das Aushorner geschlossen. Die Menge griff das Auto an und zertrümmerte dessen Scheiben. Nach einer Viertelstunde gelang es dem diensthabenden Offizier, die Menge zu beruhigen, worauf das Auto abfuhr.

### Verdreifachung der Bezüge der Kontrollkommission.

**Rückwirkend vom 1. Oktober!**  
**Drahtmeldung unter Berliner Schriftleitung.**  
**Berlin, 2. Dez.** Die Bezüge der Mitglieder der interalliierten Kontrollkommission sind verdreifacht worden, und zwar rückwirkend vom 1. Oktober ab. Der vorstehende General erhält danach monatlich 310 000 M. Für die übrigen Mitglieder laufen sich die Löhne ab von 220 000 bis 120 000 M. Die Unteroffiziere erhalten 75 000 M. und die Gemeinen 45 000 M. Dazu kommen noch die Löhne und Gehälter, die die Mitglieder auf Grund ihrer Dienstgrade von den einzelnen alliierten Staaten beziehen.

Poincaré hat sich selbst übertroffen. Das von ihm gezeichnete Ultimatum der Vorkonferenz mit den unerhörten Genugtuungs- und Erfordernissen kann nicht mehr in den Schatten gestellt werden. Es stellt den Rekord alles dessen dar, was uns an Kadenschlägen und Weitschreden bis jetzt von Frankreich zuteil geworden ist. Von Frankreich! Denn wenn auch die Bedrückungen, denen wir ausgesetzt sind, formell immer durch die gesamte Entente vertreten werden, so ist doch darüber kein Zweifel möglich, daß die treibende Kraft bei alledem der französische Nationalismus bildet, dessen ungebändigte Instinkte danach liegen, den letzten Triumph über Deutschland voll auszukosten, indem die Besetzung des Rheingebiets verewigt und dem behaglichen Reiche im Westen sowohl wie im Osten ein Anmarschgelände vorgelegt wird, das ganz in französischen Händen ist. Die neue Note ist ganz aus diesem Geiste geboren und entschleiert die Länder der Entente, seinen unstillbaren Drang nach Angliederung weiterer deutscher Bezüge durch die Drohung mit der Beschlagnahme eines der Summe von 1 Million Goldmark entsprechenden Wertes des bairischen Regierungsbesitzes in der Pfalz. Auf die Pfalz haben die Franzosen in der letzten Zeit besonders ein Auge geworfen. Vor einigen Wochen erst war es, als das Pariser Regierungsgremium, der „Temps“, die nicht mißverständliche Aeußerung tat, es könne Frankreich, das mit der Rheinpfalz eine gemeinsame Grenze habe, nicht gleichgültig sein, wenn diese Provinz, die nun einmal zu Bayern gehöre, von Deuten regiert sei, die das Ziel verfolgten, die Republik zu sägen und den Krieg vorzubereiten. Jetzt ist der Augenblick gekommen, wo die Franzosen glauben, ihren Appetit auch auf dieses wertvolle Stück deutscher Heimat Erde befriedigen zu können. Wuh man da nicht unwillkürlich auf den Gedanken kommen, daß die Angriffe auf die Ententekommissionen in Passau und Ingolstadt, die der Pariser Politik einen so hochwillkommenen Vorwand für ihre Schnapphahngelüste bieten, von fremden Agenten künstlich hervorgerufen worden sind? Man stelle sich nur vor, wie unendlich leicht es ist, bei der allgemein aufs Schwere gegen Frankreich gerichteten Stimmung der deutschen Bevölkerung solche Zwischenfälle in Szene zu setzen. Diese seelische Einstellung gegen den französischen Imperialismus, der jeden wahren Frieden unmöglich macht und einen neuen Weltbrand vorbereitet, geht bis tief in die Reihen der deutschen Arbeiterschaft, selbst die Kommunisten nicht ausgenommen. Den jüngsten gegen die französische Rheinlandpolitik gerichteten Kundgebungen haben sich auch die Kommunisten vorbehaltlos angeschlossen, und der „Vorwärts“ erklärte, in Frankreich gebe man sich hoffentlich keiner Täuschung darüber hin, mit welchen Gefühlen gerade auch die deutschen Arbeiter sich auf den letzten Mann und die letzte Frau einem solchen Gewaltverstoß gegenüberstünden. Der Bündstoff liegt also überall in der Luft und da ist es eine Kleinigkeit, ihn zur Explosion zu bringen und die Menge aufzuspüren. Die fremden Anstifter verschwinden im Gewühl und die Früchte ihres schändlichen Treibens fallen der Pariser Diktatur in den Schoß. Die letzten in Bayern geführten Hochverratsprozesse haben ja ausgiebiges Licht darüber verbreitet, wie morganisiert die französische Epibeltätigkeit gerade in Bayern bisher gewesen ist, und es wird daher nicht sein, daß die Münchner Regierung bei der Untersuchung der Vorfälle auf diese Seite der Sache für besonderes Augenmerk richtet.

## Die erste Anwendung der neuen Pfändermethoden.

### Französische Kommentare zum Ultimatum an Deutschland.

**Der andere Wind an der Seine.** - Die Probe auf den guten Willen und die Autorität Deutschlands.  
(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“)

**Paris, 2. Dez.** Zu der Note der Vorkonferenz an Deutschland schreibt „Petit Parisien“ in einer offiziellen Erklärung: Die Alliierten beginnen bei der Behandlung Deutschlands eine neue Methode anzuwenden, die Frankreich wohl nicht mißfallen dürfte. Durch die Zahlung der Buße von je 500 000 Goldmark wird weder die Beirathung der Urheber der Ausschreitungen berührt, noch die von den Behörden verlangte Entschuldigung hinwählig. Die Pfändung von Besitztümern auf dem linken Rheinufer, falls die bairischen Städte nicht zahlen, ist die erste Anwendung des Systems, durch das die französische Regierung sich direkt bei den deutschen Schuldner bezahlte zu machen gedenkt. Deutschland behauptet, daß es unfähig sei, am nächsten Versammlung zu zahlen. Es erhebt aber auf dem linken Rheinufer, daß wir bereit halten, Steuern, es besitzt dort Staatsbahnen, es hat Kohlengruben, die dem preussischen oder bairischen Staat gehören, es besitzt auch staatliche Wälder. Alle diese Stillquellen, die wir in der Hand haben, wird man eines Tages pfänden müssen, wenn Deutschland weiterhin sich der Zahlung seiner Reparationsschulden entzieht. Es ist ganz annehmbar, daß gerade Bayern die erste Erfahrung mit dieser Methode macht. Bayern ist seit dem Friedensschluß der Hauptstütze des radikalsten Nationalismus. Es war nötig, Bayern daran zu erinnern, daß wir es in der Hand haben, aber die Warnung richtet sich an ganz Deutschland. Wenn Deutschland unverantwortlich ist, wird es merken, daß jetzt ein anderer Wind weht und daß die Geduld der Alliierten, besonders Frankreichs, erschöpft ist.

Zu der gleichen Frage schreibt das „Journal“: Ist es nötig, den Zweck dieser Maßnahmen noch zu erläutern? Es ist klar, daß man vor der Londoner Konferenz eine Probe auf den guten Willen und die Autorität der deutschen Regierung machen will. (1) Das Experiment ist absolut zu-

verlässig, ein Ausweichen für die Verantwortung gibt es nicht mehr und Bayern, die Hochburg der Reaktion, wird zusammen mit dem Reiche seinen guten Willen zeigen müssen. Wenn die Erfüllung unserer Forderung verweigert oder schändlich verweigert wird, dann werden wir wissen, was man von Deutschlands Versprechungen zu halten hat. Erfüllt Deutschland, so wird man erkennen, daß man mit Zwangsmitteln viel ausdrücken kann, denn wenn es nachgibt, so wird es dies nur tun aus Mangel vor den Repressalien, die die Alliierten fest entschlossen sind durchzuführen. - „Deuvre“ bezeichnet die Note als ein Ultimatum an Deutschland.

### Deutsche Vertreter vor der Reparationskommission.

**Verhandlungen über die Holz- und Kohlenlieferungen.**  
**Paris, 2. Dez.** Die Reparationskommission hat gestern in offizieller Sitzung Ausführungen der deutschen Vertreter über die Holzlieferung von Holz im Jahr 1922 entgegengenommen. Hinsichtlich der Kohlenlieferungen, die Deutschland im November und Dezember 1922 sowie im Januar 1923 leisten soll, und bezüglich der Holzlieferungen im Jahre 1923 hat die Kommission das durchzuführende Programm noch nicht aufgestellt. Rücksichtsweniger sind, wie es heißt, Anweisungen gegeben worden, damit die normalen Kohlenlieferungen nicht unterbrochen werden. (W. T. B.)

### Empfang des neuen französischen Botschafters beim Außenminister.

**Berlin, 2. Dez.** Der Minister des Auswärtigen Dr. v. Rosenbergs, der nach Kopenhagen abgereist sein sollte, um dem König von Dänemark sein Verabschiedungsschreiben zu überreichen, hat Berlin noch nicht verlassen. Er wird am Montag den neuen französischen Botschafter in Berlin Dr. Margerie, der heute in Berlin eintrifft, empfangen.

Dollar (Amtlich): 8247